

Rentenpolitik im Wahlkampf: Was tun die führenden Kandidaten?

Die Bundestagswahl 2025 wirft Fragen zur Rentenpolitik auf: Spitzenkandidaten präsentieren vage Lösungen für ein sicheres Rentensystem.

Bundestag, Berlin, Deutschland - Am 16. Februar 2025 äußert der Fernsehmoderator Günther Jauch in einer aktuellen Diskussion, dass die Rente in Deutschland nicht sicher sei. Dieses Thema wird im aktuellen Wahlkampf, geprägt von den Spitzenkandidaten der verschiedenen Parteien, nur wenig behandelt. Parteien neigen dazu, unangenehme Fragen zu vermeiden, die für die Wähler potenziell problematisch sein könnten, so berichtet die **FAZ**.

Ein zentrales Anliegen ist die erhebliche finanzielle Unterstützung, die der Bund jährlich leisten muss: über 100 Milliarden Euro fließen in die Rentenkasse. Die Spitzenkandidaten der Parteien, darunter Olaf Scholz (SPD), Friedrich Merz (CDU) und Robert Habeck (Grüne), präsentieren jedoch keine dauerhaften Reformideen zur Rentensicherung. Scholz plädiert für die Verteidigung des aktuellen Renteneintrittsalters ohne Pläne zur Erhöhung, während Merz steuerliche Entlastungen für Rentner vorschlägt, die sich entscheiden, weiterhin zu arbeiten. Habeck hingegen setzt auf eine umfassendere Unterstützung für Frauen in Vollzeit und die Einführung einer kapitalgedeckten Aktienrente.

Diskussion um Rentenniveau und Reformen

Die Debatte um das Rentenniveau wird am 27. September 2024

im Bundestag thematisiert, als die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Stabilisierung des Rentenniveaus vorlegt. Ziel ist es, sicherzustellen, dass das Rentenniveau bis 2039 nicht unter 48 Prozent des Durchschnittslohns fällt. Dazu gehört auch die Einführung einer Aktienrente, die als mögliche Lösung zur Stabilisierung der Rentenversicherung diskutiert wird, wie die **Bundestagsdrucksache** berichtet.

Die Pläne sehen einen Anstieg der Rentenbeiträge von 18,6 Prozent auf 22,3 Prozent vor, um das Rentensystem langfristig zu finanzieren. Der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) zeigt sich optimistisch, dass das Rentenpaket trotz bestehender kritischer Stimmen verabschiedet wird. Die Kritik reicht von der unsicheren Finanzierung über das Jahr 2039 bis hin zu Forderungen nach einer Anhebung des Renteneintrittsalters.

Demografische Herausforderungen und Lösungen

Die Stiftung „Generationenkapital“, die im Rahmen der Reform planmäßig gegründet werden soll, zielt darauf ab, die Finanzierung der Rentenversicherung durch Investitionen in Kapitalmärkte zu ergänzen. Diese Reform ist notwendig, da der demografische Wandel zu einem höheren Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlenden führt - von 1:6 im Jahr 1962 auf 1:2 im Jahr 2023. Dies stellt eine ernsthafte Herausforderung für die langfristige Finanzierbarkeit des Rentensystems dar und wird unter anderen von der **Bundeszentrale für politische Bildung** besprochen.

In diesem Kontext ist auch das Risiko der Altersarmut relevant, das im Jahr 2022 für über 65-Jährige bei 18,1 Prozent lag. Soziale Verbände äußern Bedenken hinsichtlich des angestrebten Rentenniveaus von 48 Prozent, das sie für zu niedrig erachten. Angesichts dieser Tatsache wird eine breite Diskussion um die Rentenreform und deren grundlegende Strukturen notwendig, um sowohl die aktuellen als auch die zukünftigen Herausforderungen im Rentensystem zu bewältigen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bundestag, Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.faz.net• www.bundestag.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de